



Investitionen in Kinderbetreuung sind unverzichtbar - Familiennetzwerk verbreitet familienfeindliche Propaganda

Pressemitteilung von Jörn Wunderlich, 02. April 2007

Zu einer Umfrage des Familiennetzwerks zum Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Unter-Dreijährige erklärt der familienpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Jörn Wunderlich:

Ich verurteile die familienfeindliche Propaganda des sogenannten Familiennetzwerkes auf das Schärfste! Mit den angeblichen Wünschen von Eltern gegen den dringend notwendigen Ausbau der Kinderkrippen zu argumentieren, ist perfide. Eine Umfrage des Netzwerkes gelangt zu dem Schluss, dass Eltern lieber das Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung direkt ausgezahlt bekommen würden und institutionelle Kinderbetreuung ablehnen. Ich halte die Umfrage für nicht aussagekräftig, weil als eine der Bedingungen für einen längerfristigen Berufsausstieg der problemlose Wiedereinstieg in den alten Beruf genannt wurde. Das geht aber eben keineswegs so problemlos, wie die meisten Eltern ja auch wissen.

Die Bedeutung öffentlich verantworteter Kinderbetreuung für die Bildungschancen von Kindern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern ist inzwischen erwiesen. Das Familiennetzwerk ist in dieser Hinsicht ein Fossil und steht zum Glück zunehmend allein. Das Netzwerk möchte mit allen Mitteln das traditionelle Familienmodell mit der Hauptverantwortung der Mutter für die Betreuung von Kleinkindern erhalten und kämpft deshalb gegen den Ausbau der Kinderkrippen. Sie tun damit weder Eltern noch Kindern einen Gefallen. Der Staat darf sich nicht aus seiner Verantwortung stellen.

Für DIE LINKE. hat der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung familienpolitisch absolute Priorität. Wir fordern einen Rechtsanspruch jedes Kindes auf ganztägige und elternbeitragsfreie Betreuung ab dem ersten Lebensjahr. Davon unabhängig wollen wir das Elterngeld zu einem Elterngeldkonto nach skandinavischem Vorbild ausbauen, welches Elternschaft ermöglicht, und Gleichstellung zwischen Frauen und Männern fördert. Investitionen in Infrastruktur und gezielte soziale Transferleistungen müssen gleichermaßen zur Verfügung stehen, um Familien Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen.